

Protokoll

Veranstaltung:	Kommunalkongress 2015
zum Thema:	Die generationengerechte Stadt – Barrierefreiheit weiter denken
VA-Nummer:	KA-221015-1
Datum:	22. und 23. Oktober 2015
Ort:	Altes Kurhaus Aachen Ballsaal Kurhausstraße 1 52058 Aachen
Teilnehmerzahl:	216
Referenten/Moderatoren:	Dr. Franz Schoser Victoria Noodt Marcel Philipp Hermann Gröhe MdB Dr. Gerd Landsberg Josephine Jackisch Armin Laschet MdL Iman Ziaudin Isa Lange Alessa von Berg Carolin Gemein Marzia Templeton Alois Michalek Jürgen Merschmeier Dr. h.c. mult. Petra Roth Prof. Dr. Michael Vilain Sabine Brückner-Zahneisen Wilhelm Garn Erhard Hackler Philipp Lerch Dr. Melanie Piepenschneider
Protokollant:	Oliver Thomas Rau

**PROGRAMM
KOMMUNALAKADEMIE**

**Die generationengerechte Stadt –
Barrierefreiheit weiter denken
Kommunalkongress 2015**

Donnerstag, 22. Oktober 2015

bis 13.30 Uhr	Anmeldung, Kaffee und Kaltgetränke
13.30 Uhr	Begrüßung und Einführung <i>Dr. Franz Schoser</i> Vorstandsmitglied und Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Intermezzo	Ehrung Aachens als integrative Stadt <i>Victoria Noodt</i> Schöpferin des fiktiven Ortseingangsschildes „Wir müssen draußen bleiben“, eine Auszeichnung der Konrad-Adenauer-Stiftung für integrative Städte
13.45 Uhr	Grußwort und Impulsvortrag <i>Marcel Philipp</i> Oberbürgermeister der Stadt Aachen
14.00Uhr	Hauptvortrag: Die generationengerechte Stadt – Barrierefreiheit weiter denken <i>Bundesminister Hermann Gröhe MdB</i> Schirmherr des Kommunalkongresses 2015
14.30 Uhr	Generationengerechte, barrierefreie Städte und Gemeinden in Deutschland – Perspektiven und Herausforderungen <i>Dr. Gerd Landsberg</i> Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
14.45 Uhr	Altersfreundliche Städte und Gemeinden – eine weltweite Bewegung <i>Josephine Jackisch</i> Weltgesundheitsorganisation (WHO) Regionalbüro für Europa, Kopenhagen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
KommunalAkademie | Kommunalkongress 2015
22. Oktober 2015
Ballsaal im Alten Kurhaus, Aachen

15.00 Uhr

Pause, Netzwerke, Kaffee und Kuchen

15.30 Uhr

PRAXISBEISPIELE I: TEILHABE

Impuls:

Armin Laschet MdL
Staatsminister a.D.
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion NRW

Ankommen und Weiterkommen: Uni nach der Flucht ebnet Bildungswege

Iman Ziaudin
Informatik-Studentin
Isa Lange
Pressesprecherin der Universität Hildesheim

**Rheinsinne –
hören, riechen, schmecken, tasten
Barrierefreier Tourismus für Menschen mit Sehbehinderung**

Alessa von Berg, Carolin Gemein, Marzia Templeton
Absolventinnen des Alfred-Müller-Armack-Berufskollegs Köln

**Hilfe für Dich, Job für mich –
Taschengeldbörse in Siegen**

Alois Michalek
Vorsitzender des Vereins AlterAktiv
Siegen-Wittgenstein

Moderation

Jürgen Merschmeier
Journalist und Politikberater

16.45 Uhr

PRAXISBEISPIELE II: MOBILITÄT & TECHNIK

Impuls:

Dr. h.c. mult. Petra Roth
Oberbürgermeisterin a.D.
Vorsitzende des Beirates Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
KommunalAkademie | Kommunalkongress 2015
22. Oktober 2015
Ballsaal im Alten Kurhaus, Aachen

Stärkung innovativer Lebensstrukturen auf dem Land

Prof. Dr. Michael Vilain

Geschäftsführender Direktor des Instituts für Zukunftsfragen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft (IZGS) der Evangelischen Hochschule Darmstadt

Nürnberg macht mobil: nahtlose, barrierefreie Informations- und Mobilitätsketten – ein Projekt der BMBF-Fördermaßnahme „Mobil bis ins hohe Alter“

Sabine Brückner-Zahneisen

Geschäftsführerin der SOPHIA living network GmbH

Bis in jeden Winkel dank Ehrenamt: Unser Bürgerbus und Fahrdienst – Bürgerengagement im Landkreis Havelland

Wilhelm Garn

Bürgermeister der Gemeinde Brieseland im Havelland

Moderation

Erhard Hackler

Geschäftsführender Vorstand der Deutschen Seniorenliga e.V.

18.00 Uhr

Schlusswort

Philipp Lerch

Leiter der KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

anschließend

Ausklang des Kommunalkongresses mit leichtem Abendessen und Gesprächen

Donnerstag, 22. Oktober 2015

13:30 Uhr: Begrüßung und Einführung

Dr. Franz Schoser

Schatzmeister und Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Begrüßt werden die Teilnehmer des Kommunalkongresses 2015 durch Dr. Franz Schoser, Vorstandsmitglied und Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dr. Schoser zeigt den Gästen des Kongresses wichtige Gründe auf, weshalb die Themen „Generationengerechtigkeit“ und „Barrierefreiheit“ die KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. umtreiben: Die Alterung der Bevölkerung, die zunehmende Urbanisierung sowie der steigende Zuzug von Migranten, um nur drei aktuelle Aspekte aufzugreifen, haben spürbare Auswirkungen auf deutsche Kommunen. Die Bundesrepublik Deutschland gehört neben Japan und Italien zu den drei „super-aged-nations“ der Welt. Insbesondere auf der kommunalen Ebene werden der Abbau von Hindernissen des Alltags und die Ermöglichung von generationenübergreifender „Barrierefreiheit“ zu einer zentralen Aufgabe. Das Grundverständnis müsse dabei sein, dass Menschen nicht behindert sind, sondern behindert werden und dass entsprechende Barrieren und Hindernisse so weit wie möglich und so lokal wie irgend denkbar beseitigt werden sollten. Überdies hebt Herr Dr. Schoser hervor, „Barrierefreiheit“ im Sinne des Kommunalkongresses bedeute im weiteren Sinne auch die Ermöglichung eines „guten Lebens“ aller Bürgerinnen und Bürger ohne Hindernisse und äußere Beeinträchtigungen. Neben der Bereitstellung einer Plattform für dieses Thema möchte die Konrad-Adenauer-Stiftung von der Sichtweise derjenigen Menschen lernen, die in ihrem Alltag besonders deutlich von Barrieren betroffen sind.

Barrieren sind vor allen Dingen städtebaulicher und/oder architektonischer Natur, klassischerweise sprechen wir etwa über hohe Bordsteinkanten, fehlende Aufzüge oder unzureichend beleuchtete Straßen und Plätze. Ein zentrales Ziel des Kommunalkongresses 2015 ist darüber hinaus, auch die Sensibilisierung für neu entstehende Barrieren voranzutreiben. Wir möchten von der Überwindung „klassischer Barrieren“ lernen und Möglichkeiten entwickeln, wie neue Hindernisse abgebaut und entstehende Barrieren im besten Falle von Beginn an vermieden werden können:

- **Soziale Barrieren** können abgebaut werden durch eine gezielte Ermöglichung und Erleichterung von Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe für sozial Schwache, etwa für alte Menschen, Erwerbslose oder Schüler und Studenten. Wie etwa können im Sinne von Integration und Inklusion durchmischte Wohnviertel entstehen bzw. entsprechende Nachbarschaften befördert werden?

- **Sprachliche Barrieren** kann man mit Bereitstellung kommunaler Informationen und Erläuterungen in Fremdsprachen oder in „einfacher“ bzw. „leichter“ Sprache beseitigen. Ebenso die Ermöglichung von Sprachkursen, nicht zuletzt für Flüchtlinge, sowie die Verhinderung von fremdsprachigen „Parallelgesellschaften“, die Barrieren für die Integration und Berufschancen etc. produzieren, wirken sprachlichen Barrieren entgegen und dienen dem gesellschaftlichen Miteinander.
- **Wirtschaftliche Barrieren** beseitigt man durch Hilfe bei der Ansiedlung lokaler Unternehmen oder Unterstützung einer kommunalen Start-Up-Szene. Auch die Erhaltung einer funktionierenden Infrastruktur spielt hier eine zentrale Rolle
- **Kulturell-religiöse Barrieren** können mit der Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten für Einwohnerinnen und Einwohner unterschiedlicher Herkunft, beispielsweise durch interkulturelle Bürgerfeste; städtisch koordinierte Informationstage mit Aktionen vor Ort, Interreligiöse Dialogkreise etc. vermieden oder beseitigt werden. In diesen Zusammenhang fallen auch die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft, ihre Sensibilisierung für unsere Lebensweise, die Vermittlung von jüdisch-christlich-abendländischen Kulturgut sowie des Geistes unseres Grundgesetzes mit seinen Grundrechten und Pflichten.
- **Digitale Barrieren** verringert man zum Beispiel durch die Bereitstellung eines allgemeinen Wireless-Internetzugangs in öffentlichen (kommunalen) Gebäuden. Im ländlichen Raum ist zudem das „langsame“ Internet eine fundamentale Barriere für wirtschaftliche Aktivität und ein Grund für die Stadtflucht junger, gut ausgebildeter Menschen: Sie sehen leider noch viel zu häufig eine Perspektivlosigkeit in der eigenen Heimat auf Grund einer digitalen Barriere.

Die Wahl der Stadt Aachen am Dreiländereck für die Ausrichtung des Kommunalkongresses ist zurückzuführen auf den symbolhaften internationalen und überregionalen Charakter Aachens. In der Region spielen die Überwindung von Barrieren und die Grenzen überschreitende Zusammenarbeit seit Jahrhunderten eine besondere Rolle.

Zum Ende seiner Begrüßung verweist Herr Dr. Schoser auf die Exkursion am Folgetag in die Euregio Maas-Rhein, die das Kongressthema vertieft und sowohl fester Bestandteil als auch Alleinstellungsmerkmal des Kommunalkongresses der Konrad-Adenauer-Stiftung ist. Er kündigt die auf seinen Vortrag folgende Ehrung der Stadt Aachen als besonders integrative Stadt an und wünscht allen Anwesenden einen informativen Kommunalkongress.

Intermezzo: Ehrung Aachens als integrative Stadt

Victoria Noodt

Schöpferin des symbolischen Ortseingangsschildes „Wir müssen draußen bleiben“ und damit Bestplatzierte des Kreativwettbewerbs „Mutig gegen jeden Extremismus“ der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nach der Begrüßung durch Dr. Schoser zeichnet die KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung die Stadt Aachen mit einer Würdigung als „besonders integrative Stadt“ aus. Anlass der Ehrung ist das vorbildliche Engagement Aachens für das friedliche Miteinander, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Integration und gegen Extremismus.

Die Auszeichnungs-„Urkunde“ ist in Form eines im DIN-A2-Format gedruckten symbolischen „Ortseingangsschildes“ gestaltet, auf dem in schwarzer Schrift vor gelbem Hintergrund steht: „Wir müssen draußen bleiben“. Daneben ein Hund abgebildet, der sich aus vielen verschiedenen Worten wie Extremismus, Hass, Gewalt etc. zusammensetzt. Nähere Erläuterungen zu der Auszeichnung und ihren Hintergründen geben die Schöpferin Victoria Noodt, Dr. Melanie Piepenschneider und Philipp Lerch. Stellvertretend für die Stadt Aachen und in Anwesenheit von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe MdB nimmt Oberbürgermeister Marcel Philipp diese 2015 erstmals vergebene Auszeichnung entgegen- Sie soll, so Philipp Lerch, in Zukunft jährlich an mindestens eine weitere Kommune vergeben werden, um den Wert und die Gestaltungsspielräume integrativer und damit ganz im Sinne des Kongressthemas eben auch „barrierefreier“ und „generationengerechter“ Städte hervorzuheben.

13:45 Uhr: Grußwort

Marcel Philipp

Oberbürgermeister der Stadt Aachen

Oberbürgermeister Marcel Philipp richtet ein Grußwort an die Teilnehmer des Kommunalkongresses. Aus dem aktuellen Anlass verschiedener Brandbriefe an Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgrund ihrer Flüchtlingspolitik ruft er dem Publikum ins Gedächtnis: die Aufgabe eines Bürgermeisters ist es nicht, zu spalten, sondern zu einen. Manchfordernde Äußerung der Vortage spielt, so Philipp, eher Extremisten argumentativ in die Hände als Probleme vor Ort nachhaltig zu lösen.

Der Bürgermeister hat in der barrierefreien Stadt aus Marcel Philipp's Sicht eine dezidiert inklusive Rolle, wobei „Inklusion“ als „Teilhabe“ bzw. die Möglichkeit zu ungehinderter, gleichberechtigter Teilhabe verstanden ist. Der Kommunalkongress der Konrad-Adenauer-Stiftung thematisiert eine grundsätzliche Gleichberechtigung: Diese umfasst und betrifft nicht nur Menschen, die „per Gesetz“ in einen Grad der körperlichen oder geistigen

Behinderung eingeordnet werden. Vielmehr denkt der Kongress „Barrierefreiheit“ weiter und umfassend(er). Alle Einwohner einer Kommune sollen barrierefrei und ungehindert am gesellschaftlichen Leben sowie einem generationen- und kulturübergreifenden Miteinander teilhaben können.

Die Ermöglichung einer solchen Teilhabe erfolgt auch und vor allem auf kommunaler Ebene, sozusagen „vor Ort“. Prägnant vermittelt Oberbürgermeister Philipp dies mit der Formulierung der Kommunen als „Sherpas, die dafür sorgen, dass die Gesellschaft auf den Gipfel gelangt“.

**14:00 Uhr: Die generationengerechte Stadt –
Barrierefreiheit weiter denken**

Hermann Gröhe MdB
Bundesminister für Gesundheit
Schirmherr des Kommunalkongresses 2015

Bundesminister Hermann Gröhe MdB beginnt seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass er den Tag schon bei der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. begonnen hat, als er morgens auf deren Jugendpolitiktag in Neuss zum Thema Extremismus sprach.

Obwohl Barrierefreiheit mit vielen Aspekten versehen und unterschiedlichsten Themenbereichen verknüpft sei, möchte er, Bundesminister Gröhe MdB, sich auf einen bestimmten Aspekt konzentrieren: Als Bundesminister für Gesundheit stehen, sozusagen „qua Amt“, Fragen der Gesundheitspolitik und der damit verbundenen Parameter der Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe im Vordergrund. Den kommunalpolitischen Bezug stellt Bundesminister Gröhe MdB mit dem Hinweis her, dass die Hauptfahrung und der Vollzug von Zusammenhalt einer Gesellschaft entweder vor Ort entstehen oder aber (gar) nicht!

Hinsichtlich gesundheitspolitischer Aspekte der Barrierefreiheit stellt sich die Frage, ob Älterwerden ein Problem darstellt. Die Antwort ist, dass das Älterwerden weniger Probleme verursacht als dass es dem Menschen vielmehr noch einige gute Jahre mehr schenkt als „früher“, denn „früher“ trat die Phase des „Alters“ eher im Leben ein als heute. Aus diesem Grund ist das Thema der „höheren Lebenserwartung“ positiv zu sehen.

Im Hinblick auf Barrierefreiheit ist es in einer generationengerechten Stadt darüber hinaus unwichtig, für wen genau eine Barriere beseitigt oder vereinfacht wird, denn auch andere Menschen können in der Regel von Maßnahmen (mit)profitieren. So kann ein Bordstein primär für Rollstuhlfahrer und Nutzer von Rollatoren abgesenkt werden, aber die junge Familie mit Kinderwagen oder aber der Fahrrad- bzw. Skateboardfahrer wird sich ebenfalls darüber freuen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
KommunalAkademie | Kommunalkongress 2015
22. Oktober 2015
Ballsaal im Alten Kurhaus, Aachen

Als einen Meilenstein der Ermöglichung von Teilhabe trotz gesundheitlicher Einschränkungen nennt Bundesminister Gröhe MdB die Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995. Er berichtet von einer geplanten Gesetzesänderung 20 Jahre nach der Einführung der Pflegeversicherung: Erstmals wird darin gesetzlich ein Anspruch auf Hilfe für pflegebedürftige Menschen formuliert; erstmals wird der Begriff der Behinderung nicht nur auf körperliche Einschränkungen angewandt, sondern erstreckt sich auch auf den Nachlass der geistigen Leistungsfähigkeit. Es wird zudem ein früherer Beginn der finanziellen Förderung zum pflegebedingten Umbau „der eigenen vier Wände“ angestrebt. Ein weiteres Anliegen ist die bessere Verzahnung der unterschiedlichen Leistungen und die Konzentration der Zuständigkeiten für deren Gewährung (etwa bei gesundheitlichen Leistungen und Leistungen des Bereichs Arbeit und Soziales).

„Älter werden“ – so verdeutlicht Bundesminister Gröhe MdB erneut – soll und darf positiver gesehen werden als dies oftmals der Fall ist. Dass wir in Deutschland „weniger werden“ stellt hingegen eine Herausforderung dar, deren Bewältigung problematisch werden kann. Fest steht: Es gibt kein „zu früh“ oder „zu spät“, um über Pflegebedürftigkeit oder über die Prävention bzw. Abschaffung von Barrieren zu sprechen. Eine Kernforderung des Ministers auf dem Kommunalkongress 2015 lautet: Es muss normal sein, auch über seelische und psychische Hilfsbedürftigkeit sowie entsprechende Barrieren sprechen zu können.

14:30 Uhr

Generationengerechte, barrierefreie Städte und Gemeinden in Deutschland – Perspektiven und Herausforderungen

Dr. Gerd Landsberg

Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Herr Dr. Landsberg stellt die große Zahl und die Vielschichtigkeit von vornehmlich lokalen Barrieren fest und setzt sie in Bezug zu den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen: die Unterscheidungen zwischen „mit und ohne Behinderung“, „jung und alt“, „groß und klein“ oder „krank und gesund“ sind nur einige wenige Beispiele dafür. Zurzeit, so Dr. Landsberg, werden uns Barrieren in der Flüchtlingskrise gegenwärtig, sowohl konkret durch Grenzzäune und Warteschlangen als auch abstrakt durch Sprachbarrieren oder bürokratische Hürden. Dr. Landsbergs Forderung lautet: Es muss ein zugleich förderndes und forderndes Integrationsgesetz geschaffen werden, an dem sowohl der Bund als auch alle Bundesländer beteiligt sind.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
KommunalAkademie | Kommunalkongress 2015
22. Oktober 2015
Ballsaal im Alten Kurhaus, Aachen

Die Bedürfnisse unterschiedlicher Menschen in Einklang zu bringen, ist schwierig und zuweilen auch kostspielig. So berechnet die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dass es in Deutschland mit dem Flüchtlingszuzug demnächst ca. 300.000 weitere Schulkinder und 100.000 zusätzliche Kita-Kinder geben wird. Zugleich sind die Zahl und der prozentuale Bevölkerungsanteil der Pflegebedürftigen in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen und wird dies Prognosen zufolge in Zukunft noch weiter tun. Barrieren für jung und alt gleichermaßen abzubauen, stellt eine Herausforderung dar, deren Ziel es ist, ein generationengerechtes Land zu werden. Die mit dieser Herausforderung verbundene Aufgabe besteht darin, die deutschen Städte und Gemeinden dementsprechend „umzubauen“. Bildhaft formuliert Dr. Landsberg es so: „Vor dreißig oder vierzig Jahren wurden Städte eher für Autos gebaut. Heute hat sich das geändert und wir versuchen stattdessen, die Städte für Menschen zu bauen.“

Das oberste Prinzip für die Gestaltung einer generationen- und menschengerechten Stadt ist die Ermöglichung selbstbestimmten Lebens. Das erfordert einen gewissen Einsatz und tatkräftiges Engagement. Dr. Landsberg bemängelt, dass sich, gerade aktuell im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik, in der Presseberichterstattung und der öffentlichen Meinung oftmals eine „Empörungspolitik“ und eine „Betroffenheitspolitik“ gegenüber stünden. Sich zu empören oder betroffen zu sein helfe jedoch nicht bei der Lösung von Problemen. Dr. Landsbergs Appell lautet: Es muss gehandelt werden und in diese Lage müssen Kommunen versetzt werden, d.h. etwa auch, dass der Bund ihnen entsprechende Mittel zur Verfügung stellt und Freiräume gewährt.

14.45 Uhr

Altersfreundliche Städte und Gemeinden – eine weltweite Bewegung

Josephine Jackisch

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Regionalbüro für Europa, Kopenhagen

Josephine Jackisch beleuchtet die Thematik der „age-friendly cities“, der altersgerechten Städte, aus der internationalen Perspektive. Sie verweist im Hinblick auf die Internationalität des Themas darauf, dass zeitgleich zum Kommunalkongress eine Ministerkonferenz in der weißrussischen Hauptstadt Minsk zum Thema „Lebensverlaufsperspektiven“ stattfindet.

Der Weg zu einer altersgerechten Stadt ist eine Gemeinschaftsaufgabe, aber es gibt kein Patentrezept dafür. Vielmehr richtet sich die jeweilige Strategie nach den individuellen Gegebenheiten vor Ort, den Menschen, den strukturellen und in gewisser Weise auch den kulturellen Gegebenheiten. Die physische Leistungsfähigkeit des Menschen nimmt bereits ab dem

Alter von 30 Jahren ab, sodass eine „altersgerechte Stadt“ nicht nur Senioren betrifft, sondern eher der Leitidee entspricht, dem Menschen in jedem Alter ein selbstbestimmtes und gutes Leben zu ermöglichen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bietet eine Austauschplattform an und betreibt „networking“, vernetzt also europa- und weltweit Städte miteinander, die auf das Ziel hinarbeiten, eine „age-friendly city“, eine altersgerechte und möglichst „barrierefreie“ Stadt, zu werden.

15.00 Uhr

Pause, Netzwerke, Kaffee und Kuchen

15.30 Uhr

PRAXISBEISPIELE I: TEILHABE

Impuls:

Armin Laschet MdL
Staatsminister a.D.
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion NRW

Barrierefreie Teilhabe, steigt Armin Laschet MdL in seinen Impulsvortrag ein, ist ein Ziel, dem sich die Bundesrepublik, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht, schon bei ihrer Gründung verschrieben hat. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft bedeutete die Schaffung sozialer Sicherung und der Möglichkeit, auch bei Verlust der Arbeitsstelle am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und nicht allein auf sich gestellt vor großen Hürden stehen gelassen zu werden. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft war vor allem aber auch die Einführung der Sozialpartnerschaft, also der Teilhabe der Arbeitnehmer am Betriebsleben und an den Entscheidungen der Kapital- und Ressourceneigner bzw. der Arbeitgeber.

Auch heute ist das Ziel unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, Menschen stark zu machen, wenn sie schwach zu werden drohen. Das schafft man aber nicht mit der bloßen Erhöhung von Hartz-IV-Sätzen, sondern mit Bemühungen, Menschen aus Hartz-IV wieder herauszuholen und möglichst gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilhaben zu lassen. Denn fest steht: Ohne Arbeitsplätze wird auch die gesellschaftliche Teilhabe erheblich erschwert.

Es beginnt schon bei den Kindern, denen Aufstiegschancen ermöglicht werden sollen und müssen. Aktuell wird dies an den vielen Menschen auf der Flucht deutlich, die um Asyl in Deutschland ersuchen. Doch man sollte nicht den Fehler machen, die Notwendigkeit zur Sprachförderung allein am Merkmal des Migrationshintergrundes festzumachen, sondern an der sozialen Situation. Viele Kinder akademisch gebildeter Migranten, die zum Teil schon lange in Deutschland leben und hier eine gute (Aus-)Bildung

erhalten haben, sind der deutsche Sprache deutlich mächtiger als manches Kind aus einer deutschstämmigen Familie mit bildungsfernerem sozialem Hintergrund. Der Begriff der „Inklusion“ wird also oft zu kurz gedacht, denn er heißt tatsächlich: Wenn es den betreffenden Kindern sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit im Nachhinein besser geht, dann ist „Inklusion“ gelungen.

Die hier behandelte Fragestellung erfasst auch die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Dabei ist es wichtig, genau zu unterscheiden: Einerseits gibt es Menschen, die um Asyl ersuchen und andererseits gibt es Ein- und Zuwanderer. Menschen, die um Asyl ersuchen, sind in der Regel Bürgerkriegsflüchtlinge, während „Einwanderer“ auch jene umfasst, die beispielsweise aus wirtschaftlichen und/oder sozialen Gesichtspunkten nach Deutschland kommen. Von zentraler Bedeutung sind bei der Bewältigung dieser Problematik und beim Abbau von Barrieren in diesem Bereich drei Aspekte:

- Es muss eindeutige Begrifflichkeiten zu Asyl und Einwanderung geben und diese müssen klar unterschieden werden.
- Es muss verbindlich ein einheitlicher und im gemeinsamen Konsens erarbeiteter Verteilungsschlüssel innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgestimmt werden.
- Es muss ein wirksamer Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union herbeigeführt werden.
- Es müssen die Prinzipien „Maß und Mitte“ sowie die Gebote sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung sowie die Soziale Marktwirtschaft gelten

Ankommen und Weiterkommen: Uni nach der Flucht eben Bildungsweg

Iman Ziaudin

Informatik-Studentin

Isa Lange

Pressesprecherin der Universität Hildesheim

Die Universität Hildesheim ermöglicht Menschen mit Fluchterfahrung, die eine akademische Ausbildung begonnen oder abgeschlossen haben und sich für ein Hochschulstudium in Deutschland interessieren, sich für ein sogenanntes „Schnupperstudium“ einzuschreiben und barrierefrei, d.h. nahtlos Studienerfahrungen zu machen. Dies umfasst neben der Teilnahme an verschiedenen Lehrveranstaltungen und der Orientierung an der Universität bzw. im akademischen Raum auch Deutschkurse und ein Tandemprogramm zwischen den Studierenden mit Fluchterfahrung und regulären Studierenden desselben Faches oder, in vielen Fällen, Studierenden des Faches „Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache (DaF/DaZ)“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
KommunalAkademie | Kommunalkongress 2015
22. Oktober 2015
Ballsaal im Alten Kurhaus, Aachen

Im Gegensatz zu regulären Studiengängen können innerhalb des Schnupperstudiums keine Studien- oder Prüfungsleistungen erbracht werden, die später angerechnet werden könnten. Dafür ist das Schnupperstudium kostenfrei und es werden keinerlei zertifizierte Vorkenntnisse verlangt bzw. Eignungsfeststellungsverfahren durchgeführt.

Iman Ziaudin ist Informatikstudentin an der Universität Hildesheim. Sie kam im Alter von 20 Jahren von Pakistan über Afghanistan nach Deutschland. Eineinhalb Jahre nach ihrer Flucht sitzt sie seit April 2015 in Informatik-Vorlesungen der Universität. Sie durfte zunächst nicht zur Schule gehen und auch keinen Sprachkurs besuchen. Über das Migrationszentrum Asyl e.V. wurde sie an eine Deutschlehrerin vermittelt und ging jeden Tag sechs Kilometer zu Fuß zu ihrem ersten Deutschkurs. Es folgte die Genehmigung für einen Volkshochschulkurs. Auf dieser Grundlage lernt und arbeitet Iman mit hoher Motivation an der weiteren Verbesserung ihrer Deutschkenntnisse und vermittelt die Botschaft der „Sprache als Schlüsselfunktion“ inzwischen an andere Flüchtlinge. Mitglieder der Universität Hildesheim haben gemeinsam mit dem Verein Asyl e.V. zum Sommersemester 2015 die Initiative ins Leben gerufen, die das Schnupperstudium begleitet.

Isa Lange ist Pressesprecherin der Universität Hildesheim. Sie hat gemeinsam mit Iman Ziaudin die Idee entwickelt, Bildungswege sichtbar zu machen, um junge Leute, die in einer ähnlichen Situation sind, zu unterstützen und sie zu ermutigen, dass man den Weg an die Universität schaffen kann. Isa Lange arbeitet mit Interviews und Illustrationen, die u.a. via „Twitter“ kommuniziert werden. Durch die mit den Flüchtlingen und ihren Familien geführten Gespräche und die begleitenden handgezeichneten Skizzen entstehen Informationen über Bildungswege – nicht nur an der Hochschule, sondern in einem größeren Kontext.

**Rheinsinne – hören, riechen, schmecken, tasten
Barrierefreier Tourismus für Menschen mit Sehbehinderung**

Alessa von Berg, Carolin Gemein, Marzia Templeton
Absolventinnen des Alfred-Müller-Armack-Berufskollegs Köln

Marzia Templeton, Carolin Gemein und Alessa von Berg sind Absolventinnen des Alfred-Müller-Armack-Berufskollegs in Köln. Sie haben sich in ihrer Abschlussarbeit speziell mit den Bedürfnissen blinder Menschen beschäftigt und ein eigenes Ausflugsprogramm mit dem Namen „Rheinsinne“

entwickelt. Das Konzept entstand in Kooperation mit der Behindertenbeauftragten der Stadt Bonn, der Bonner Personenschifffahrt, dem Tourismus Siebengebirge und einem Weingut. Während der Schifffahrt von Bonn nach Linz wird die Wegstrecke als kulturhistorischer und landschaftlicher Bilderbogen gestaltet. Außerdem ertasten die Passagiere typische Ge steinsarten der Region und konzentrieren ihre Geruchs- und Geschmacks sinne auf örtliche Weine und andere kulinarische Spezialitäten der Region, um ähnlich intensive Eindrücke vom Rheinland zu erhalten wie Menschen ohne Sehbehinderung.

Hilfe für Dich, Job für mich – Taschengeldbörse in Siegen

Alois Michalek

Vorsitzender des Vereins AlterAktiv
Siegen-Wittgenstein

Alois Michalek ist Vorsitzender des Vereins „AlterAktivSiegen-Wittgenstein“ und stellt (s)eine Initiative vor: Die so genannte „Taschengeldbörse“ ver mittelt generationsübergreifende kleine Dienstleistungen, die früher, ins besondere in Großfamilien, selbstverständlich waren, aber in der heutigen Zeit angesichts wachsender Mobilität und Individualisierung anders organisiert werden müssen. Es werden Hilfen für Familien, Berufstätige und Senioren angeboten, z.B. im unmittelbaren häuslichen Umfeld, beim Einkauf, bei der Versorgung von Haustieren, bei der Gartenarbeit, bei der Kinderbetreuung usw. Die organisatorischen Fäden laufen beim Verein AlterAktiv Siegen-Wittgenstein zusammen, der Angebot und Nachfrage ko ordiniert und begleitet.

Moderation

Jürgen Merschmeier

Journalist und Politikberater

**16.45 Uhr PRAXISBEISPIELE II:
MOBILITÄT & TECHNIK**

Impuls:

Dr. h.c. mult. Petra Roth
Oberbürgermeisterin a.D.
Vorsitzende des Beirates Kommunalpolitik der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Frau Dr. h.c. mult. Petra Roth spricht in ihrem Impulsvortrag aus der Sicht einer langjährigen und überaus erfahrenen Kommunalpolitikerin. Sie richtet zunächst ihren Dank an die Konrad-Adenauer-Stiftung, bei der sie in den Seminaren der Politischen Bildung und in vielen persönlichen Gesprächen bzw. Trainings gelernt habe, dass „gute Politik ein Kompromiss und Spagat ist zwischen der eigenen Person und dem christlichen Menschenbild“.

Junge Menschen, so die langjährige frühere Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, sollen sich engagieren, um an der Demokratie zu partizipieren und sie in ihrem Sinne zu gestalten. Im gesellschaftlich-politischen und im sozialen Bereich können junge und alte Menschen durch Engagement Barrieren im Sinne des Kongresses abbauen und Hindernisse gemeinsam überwinden. Im wirtschaftlichen Bereich wird dies gerade auf kommunaler Ebene besonders deutlich, wenn man sich beispielsweise die lebendigen Start-Up-Szenen vieler Städte und Gemeinden ansieht. Die (oftmals eher jungen) Gründerinnen und Gründer von Start-Up-Unternehmen sind die Kreativen der modernen Ökonomie und sie legen schon heute den Grundstein für die Wirtschaft von morgen.

Ganz im Sinne von Goethes Credo „Denken und Tun“ dürfen Probleme dabei aber nicht „schön geredet“ werden, sondern müssen „angepackt“ werden. Das Thema des Panels für Praxisbeispiele II „Mobilität und Technik“ sinnverändert Frau Dr. Roth auf ebenso kreative wie anregende Weise in die Formulierung „Mobilität durch Technik“. So sind die Menschen etwa durch technische Errungenschaften schnell und mobil, wo sie in früheren Zeiten vor größeren Barrieren standen. Viele Flüchtlinge haben Mobiltelefone, sind also „mobil“ erreichbar und können einen Kontakt sowohl in die alte Heimat als auch mit dem neuen Umfeld aufrechterhalten oder mobile Applikationen als Wegweiser in unbekannten und in vielerlei Hinsicht fremden Umgebungen nutzen.

Auch alte Menschen betrifft die Thematik „Mobilität und bzw. durch Technik“. So muss, wie Frau Dr. Roth ausführt, man die sich verändernde Welt und die sich verändernde (Kommunikations-)Technik „lernen“. Im Zeitalter der Digitalisierung kann man sonst nicht mehr ungehindert am sozialen Leben teilhaben: Ohne die Kenntnis moderner Technik trifft man auf bislang unvorstellbare und durchaus schmerzliche neue Barrieren.

Stärkung innovativer Lebensstrukturen auf dem Land

Prof. Dr. Michael Vilain

Geschäftsführender Direktor des Instituts für Zukunftsfragen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft (IZGS) der Evangelischen Hochschule Darmstadt

Prof. Michael Vilain weist darauf hin, dass in ländlichen Regionen Märkte oftmals zu klein sind für eine große Zahl an Service- und Dienstleistungen. Dies erschwert eine Versorgung strukturschwacher Gebiete, umso mehr, wenn dort die Bevölkerung immer älter wird und junge Menschen in strukturell starke und gut ausgebauten Gebiete abwandern.

Ein gutes Leben im Alter ist jedoch keine reine Pflegefrage, sondern es spielen extrem viele Faktoren mit hinein:

Defizite im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs, der Einkaufsmöglichkeiten, der ärztlichen und pflegerischen Versorgung, des baulichen Zustandes der Wohnungen/Häuser, der Infrastruktur im Wohnumfeld sowie der Möglichkeit von „Kümmerern“ in der Familie oder im Freundeskreis verhindern häufig ein Altern in der eigenen Häuslichkeit und machen eine stationäre Unterbringung auf Grund von grundsätzlich vermeidbaren Barrieren erforderlich.

Solche komplexen Probleme werden gelöst durch die Ansprache mehrerer Faktoren und die Vernetzung unterschiedlicher Aspekte. Dazu gehören:

- Einsatz neuer Technologien
- Freiwilligenengagement
- Versorgungskonzepte

Im Rahmen des vorgestellten Projektes im Odenwaldkreis entwickelten die Forscher um Prof. Vilain ein sogenanntes „toolkit rural“, von dem andere Gemeinden und Kreise je nach ihrer spezifischen Situation profitieren können.

Nürnberg macht mobil: nahtlose, barrierefreie Informations- und Mobilitätsketten – ein Projekt der BMBF-Fördermaßnahme „Mobil bis ins hohe Alter“

Sabine Brückner-Zahneisen

Geschäftsführerin der SOPHIA living network GmbH

Frau Brückner-Zahneisen stellt das Projekt EMN-Moves vor. Ziel dieses Projektes ist die Knüpfung von Netzwerken, das Organisieren von Hilfe sowie die Schaffung von Barrierefreiheit und die Garantie von Mobilität.

Dabei steht EMN für die Europäische Metropol-Region Nürnberg; umgesetzt und erprobt haben die mobilitätsfördernden Maßnahmen die Josefs-Stiftung in Bamberg, ein kirchliches Wohnungs-Unternehmen, sowie zwei städtische Wohnungsunternehmen in Erlangen und Nürnberg.

In allen drei Unternehmen wurden vielfältige Mobilitätsbarrieren ab- und - wie im Odenwaldkreis – ehrenamtliche Hilfen aufgebaut.

Grundsätzlich formulierte Frau Brückner-Zahneisen jedoch die Erkenntnis: Teilnehmer, die eine hohe Mobilitätsmotivation haben, können Barrieren überwinden und schaffen das auch ohne technische und professionelle Unterstützung. Menschen mit einer geringen Mobilitätsmotivation entwickeln häufig eine Coping (=Bewältigungs)-Strategie: "Ich will meine Wohnung nicht verlassen."

Bis in jeden Winkel dank Ehrenamt: Unser Bürgerbus und Fahrdienst – Bürgerengagement im Landkreis Havelland

Wilhelm Garn
Bürgermeister der Gemeinde
Brieselang im Havelland

Bürgermeister Wilhelm Garn postuliert: Barrieren, so viele und verschiedene man im Alltag entdeckt, sind vor allem im Kopf!

Das Ziel der Gemeinde Brieselang im Havelland ist die Stärkung und der Erhalt von Mobilität im ländlichen Bereich. Dazu hat die Gemeinde einen „Bürgerbus“ ins Leben gerufen. Die Idee dazu stammt ursprünglich aus England und betrifft nicht nur alte Menschen, sondern auch junge Busfahrende.

Die Bürgerbus-Fahrer in Brieselang sind allesamt ehrenamtlich tätig. Das Durchschnittsalter der Fahrer liegt bei 73 Jahren, während die Fahrgäste im Schnitt 50 Jahre alt sind. Es handelt sich also keineswegs „nur“ um einen Bus von jungen Fahrern / Initiatoren für betagte Fahrgäste, sondern dient generationenübergreifend der Mobilität und Barrierefreiheit.

Das Angebot des Bürgerbusses erfolgt in enger Abstimmung mit dem örtlichen öffentlichen Verkehrsunternehmen. Es werden Strecken bedient, für die jenes den Betrieb eingestellt hat.

Die Auslastung ist seit der Gründung im Jahr 2007 ständig gestiegen.

Zur vielfältigen Mobilitätsunterstützung der Brieselanger Bürger gehören auch eine Ladestation für e-bikes am Brieselanger Bahnhof und andere neue Innovationen.

Moderation

Erhard Hackler
Geschäftsführender Vorstand der Deutschen
Seniorenliga e.V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
KommunalAkademie | Kommunalkongress 2015
22. Oktober 2015
Ballsaal im Alten Kurhaus, Aachen

18.00 Uhr

Schlusswort

Philipp Lerch
Leiter der KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Philipp Lerch dankt in seinem Schlusswort dem Schirmherr sowie allen anderen Referenten, den Teilnehmenden und Gästen des Kommunalkongresses sowie dem Team der KommunalAkademie und der Abteilung Organisation der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung für ihre unterschiedlichen Beiträge zu dem gelungenen Kommunalkongress. Er bringt noch einmal das Thema, seine Chancen und seine Herausforderungen, auf den Punkt, ermuntert die Anwesenden, die Diskussionen fortzusetzen und Erkenntnisse mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zu teilen, bittet um konstruktiv-kritische Rückmeldungen und formuliert Erwartungen an die vertiefende Exkursion am Folgetag durch die Euregio Maas-Rhein. Außerdem verleiht er seiner Vorfreude auf ein Wiedersehen beim Kommunalkongress 2016, für den frühzeitig eine Einladung ergehen werde, Ausdruck und eröffnet das anschließende leichte Abendessen.

Sankt Augustin, 26. Oktober 2015

gezeichnet Philipp Lerch, Leiter der KommunalAkademie

Oliver Thomas Rau, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Protokollant